

Kommentar

Viele Gegner, falsche Freunde

Der Ausgang des französischen EU-Referendums ist ungewiss

MEDARD RITZENHOFEN*

„Europe: Si la France vote non ...“ („Aujourd’hui“, 22. März 2005), „L’Europe malade de la France“ („Libération“, 23. März), „Chirac veut faire plier Bruxelles“ („Le Figaro“, 23. März), „Maastricht à l’envers“ („Journal du Dimanche“, 27. März) – auch wenn die Titel, mit denen die Zeitungen in jüngster Zeit aufgemacht haben, einen anderen Eindruck vermitteln: Frankreich ist nicht alles in Europa. Aber – auch das ist eine europäische Tatsache – ohne Frankreich ist alles nichts. Bundeskanzler Gerhard Schröder brachte es auf den Punkt, als er sagte: „Europa braucht Frankreich.“ Aber braucht Frankreich auch Europa? Dass diese Frage nicht völlig aus der Luft gegriffen ist, machten vier repräsentative Umfragen innerhalb von zehn Tagen schlagartig deutlich. Dabei ging es um die Haltung der Franzosen zur EU-Verfassung, über die sie in einem Referendum am 29. Mai abzustimmen haben. Mitte März lehnten 51 Prozent und kurz darauf 52 Prozent von 802 beziehungsweise 860 befragten Personen den Verfassungstext ab. Eine Woche später, am 23. März, war der Anteil des „Non“ zur Constitution européenne unter 856 Befragten bereits auf 55 Prozent gestiegen. Am 25. März sprachen sich 54 Prozent von 944 Befragten gegen die Verfassung aus.

Nun sind Meinungserhebungen eine Sache, Wahlergebnisse eine andere. Gerade das bisweilen exzentrische Verhalten des französischen Wahlvolks hat den Demoskopien oft genug einen Strich durch ihre Rechnungen gemacht. Wer hätte 2002 auch nur einen Gedanken daran verschwendet, dass in der ersten Runde der Präsidentenwahl der rechtsextreme Jean-Marie Le Pen den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin aus dem Rennen werfen würde? Dass bei den Regionalwahlen im März in sämtlichen Regionen, mit Ausnahme des Elsass, die Linke den Sieg davontragen würde, war ebenfalls nicht vorhersehbar. Weniger spektakulär, dafür umso knapper fiel das Ergebnis bei der französischen Volksabstimmung über den Vertrag von Maastricht am 20. September 1992 aus. Nachdem die Meinungsumfragen anfangs einen deutlichen Sieg der Proeuropäer hatten erwarten lassen, gingen die Prozentzahlen der Befürworter einer vertieften EU mit gemeinsamer Währung mit dem Näherrücken des Referendums sukzessive zurück, bis drei Wochen vor der Stimmabgabe das „Non“ in einzelnen Erhebungen überwog. Die endgültige Entscheidung für Maastricht fiel mit 51,05 Prozent der gültigen Stimmen dann denkbar knapp aus.

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

Auch wenn sich die Geschichte selten wiederholt, fallen die Parallelen zwischen den beiden Europa-Referenden ins Auge. Ähnlich wie vor 13 Jahren die Währungsunion schien zunächst auch der Vertrag für die EU-Verfassung die plebiszitäre Hürde ohne Schwierigkeiten zu nehmen. In den ersten Umfragen lag das Ja zur Europäischen Verfassung noch klar vorne. Dass die Stimmung dann in kurzer Zeit kippte, hat zahlreiche Gründe. Dabei überkreuzen sich innen- und außenpolitische Motive, von Denkkzetteln und Revanche ist die Rede, Emotionen überwiegen sachliche Erwägungen. „Un grand débat démocratique“ hatte sich Staatspräsident Jacques Chirac für die „campagne référendaire“ gewünscht. Schon deutet alles darauf hin, dass Europa ein nationales Psychodrama entfesselt, bei dem die Akteure mit ihren Argumenten häufig weit über jene Frage hinauschießen, die die Franzosen am 29. Mai zu beantworten haben: „Approuvez-vous le projet de loi qui autorise la ratification du traité établissant une Constitution pour l'Europe?“

Gespaltene Linke

Dabei hätte es Chirac sich selbst, seinen Mitbürgern und nicht zuletzt Europa leicht machen können, wenn er – so wie 15 der insgesamt 25 EU-Staaten auch – den parlamentarischen Weg gewählt hätte, um Frankreichs Zustimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag zu beglaubigen. Als Kür zur Pflicht hätte sich dabei eine gemeinsam von französischer Nationalversammlung und deutschem Bundestag vorgenommene Ratifizierung angeboten. Einmal mehr wäre der europäische Motor seinem Ruf auf symbolische Weise gerecht geworden. Auf jeden Fall hätte das institutionelle Europa von seinen Gründungsmitgliedern der ersten Stunde nichts zu fürchten gehabt. Denn ebenso wie es in Deutschland einen weitreichenden Konsens für den Europäischen Verfassungsver-

trag gibt, findet auch im französischen Parlament die Europäische Verfassung eine parteiübergreifende Mehrheit. Als am 28. Februar Assemblée nationale und Sénat zum so genannten „Congrès“ in Versailles zusammenkamen, um den institutionellen Weg für die Europäische Verfassung freizumachen, stimmten 730 Abgeordnete für die Verfassungsänderung. Bei 96 Enthaltungen gab es lediglich 66 Gegenstimmen.

Indessen: La tradition gaullienne oblige! Und auch die politische „volonté générale“ wollte es anders. Alle Parteien, einschließlich der Präsidentenpartei UMP, drängten auf ein Referendum. Wenn sich Europa zum ersten Mal eine Verfassung gibt, will die Nation ihre Meinung dazu kundtun. Ohne Volkes Stimme wäre Frankreichs Ja zur Europäischen Verfassung nur eine halbe Sache. Der Neogaullist Chirac wird sich dieser Einsicht ebensowenig verschließen haben können wie der Aussicht, dass die plebiszitäre Annahme der EU-Verfassung in seiner persönlichen Bilanz positiv zu Buche schlagen wird.

Das erste wichtige Signal dafür, dass das französische Referendum sowohl die Europäische Verfassung und damit auch die Politik Chiracs bestätigen könnte, gaben mit den Sozialisten die eigentlichen Gegner des Staatspräsidenten. Die größte Oppositionspartei legte sich am 1. Dezember 2004 in einer internen Urabstimmung frühzeitig auf den EU-Verfassungsvertrag fest. Dass 59 Prozent der Sozialisten Europa ihre Stimme gaben, durfte sich deren Erster Sekretär François Hollande als Erfolg gutschreiben. Der wenig charismatische Parteichef hatte sich gegen den wendigen Laurent Fabius durchgesetzt, der als Wortführer des „Non“ zur EU-Verfassung sein Profil als Präsidentschaftskandidat der Linken schärfen wollte.

In der Folge gelang es dem vor einem direkten Machtkampf zurückschreckenden François Hollande allerdings nicht, aus seiner Bestätigung politischen Gewinn zu ziehen. Dass er seinen schärfsten innerparteilichen

Widersacher Fabius nach dessen Niederlage nicht als „numéro 2 du parti“ infrage stellte, wird Hollande als Führungsschwäche ausgelegt. Umso ungenierter setzen sich die Gegner der EU-Verfassung unter den Sozialisten über den parteiinternen Beschluss hinweg. Als ob die Mitgliederbefragung des Parti socialiste ein reiner Stimmungstest gewesen wäre, lassen sich einige bekannte Parteiköpfe in ihrer antieuropäischen Kampagne nicht beirren. Neben Laurent Fabius, den ein nationales Nein beim Referendum doch noch zur ersten Wahl für das höchste Amt machen würde, zählt dazu vor allem der frühere Erste Parteisekretär Henri Emmanuelli. Dieser entblödete sich nicht, das Votum für den EU-Vertrag mit der Zustimmung der Sozialisten zu der Verfassungsänderung vom 9. Juli 1940 zu vergleichen, mit der das Parlament der III. Republik alle Staatsgewalt in die Hände des greisen Marschall Pétain gelegt hatte.

Während Emmanuelli, Präsident des Conseil général des Département Landes, den archaischen Linksflügel des Sozialismus verkörpert, versucht Jean-Luc Mélenchon den neuen von ihm gegründeten PS-courant „Nouveau Monde“ ins Gespräch zu bringen. In provokanter Missachtung der eigenen Parteilinie traf sich der frühere Jospin-Minister und Senator von Essonne zum Pressetermin mit der kommunistischen Parteiführung, die aus ihrer Ablehnung der EU-Verfassung keinen Hehl macht. Mit der kommunistischen CGT sprach sich die traditionell kampfkraftigste französische Gewerkschaft zu 82 Prozent gegen die EU-Verfassung aus, obwohl ihr Chef Bernard Thibault diese ausdrücklich befürwortet. Parteiabweichler gibt es auch bei den französischen Grünen, die parallel zu den Sozialisten in einer internen Abstimmung für den EU-Vertrag votierten. Wie tief die Europafrage bewegt, zeigt die Haltung der Grünenpolitikerin Francine Bavay, die ihr persönliches Nein zur Verfassung zum „zivilen Ungehorsam“ gegen die eigene Partei stilisierte. Den trotzkistischen Kleinparteien

Lutte ouvrière (LO) unter der unbeugsamen Arlette Laguiller und Ligue communiste révolutionnaire (LCR), die 2002 gemeinsam auf mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen kamen, bietet die Europa-Debatte willkommene Gelegenheit, sich mit einem dezidierten „non de gauche“ vom linken Mainstream eines „socialisme socio-liberal“ abzusetzen, um gemeinsame Sache mit der Anti-Globalisierungsorganisation Attac zu machen.

Doch auch die linken „partisans du oui“ („Le Monde“) bleiben nicht untätig. Mitterrands früherer Kulturminister Jack Lang hat sein umfangreiches Adressbuch zurate gezogen und ein Unterstützungskomitee des EU-Vertrages unter Vorsitz des früheren Kommissionspräsidenten Jacques Delors zusammengetrommelt, wie man es sich namhafter kaum vorstellen kann: Die Schriftsteller Umberto Eco und Dario Fo, die Philosophen Paul Ricoeur und Elie Wiesel, die Regisseure Wim Wenders und Pedro Almodóvar, die Musiker Julien Clerc und Peter Gabriel, die Schauspieler Vincent Perez und Emmanuelle Béart – um nur einige wenige nennen – gehören zu den Unterzeichnern eines nachdrücklichen EU-Plädoyers.

Inwieweit diese Berühmtheiten allerdings das Ohr der kleinen Leute finden, die bei „belle aventure“ eher die abenteuerliche Osterweiterung der EU durch Billiglohnländer vor Augen haben, ist zweifelhaft. Da der EU-Vertrag zunehmend mit einem Ausverkauf französischer Sozialstandards in Verbindung gebracht wird, wächst dessen Ablehnung besonders bei der Linken. Zudem tut sich François Hollande schwer, der Basis verständlich zu machen, warum deren Ja zu Europa nicht auch Chirac für eine dritte Amtszeit auf den Schild hebt. Nachdem sie sich schon in der Front gegen Jean-Marie Le Pen bei der zweiten Runde der letzten Präsidentenwahl sowie in der Kritik an der amerikanischen Irak-Politik nolens volens an der Seite des ungeliebten Neogaullisten wiedergefunden hatten, zeigen die Sozialisten wenig Nei-

gung, sich ein drittes Mal vor Chiracs Staatskarosse spannen zu lassen.

Rechte Hintergedanken

Gegenüber der französischen Linken, die mit Blick auf das EU-Referendum tief gespalten ist, wirken die Reihen der Rechten geradezu geschlossen. Doch der Schein trügt, selbst wenn sich mit der Präsidentenpartei UMP und der liberalen UDF die beiden großen bürgerlichen Formationen Frankreichs vorbehaltlos für die Europäische Verfassung aussprechen. Anders als den Sozialisten machen den regierenden Rechten zwar keine innerparteilichen Dissidenten zu schaffen, dafür aber haben deren Vorsitzende ein Problem mit dem Staatspräsidenten. Dass Nicolas Sarkozy, der am 28. November den Vorsitz der „Union pour un mouvement populaire“ übernahm, nichts energischer betreibt, als Chirac 2007 im Élysée-Palast zu beerben, hat sich über die Grenzen Frankreichs herumgesprochen. Deshalb darf die Zustimmung zum EU-Vertrag nach dem Wunsch Sarkozys nicht zu massiv ausfallen, könnte Chirac doch daraus neuen Schub für eine dritte Amtszeit erhalten. Sobald er für den EU-Vertrag plädiert, betont Sarkozy deshalb umgehend seine entschiedene Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts. Auch wenn die Aufnahme Ankaras nicht das Geringste mit der Europäischen Verfassung zu tun hat, verfehlt sie ihre Wirkung als Wermutstropfen im europäischen Engagement nicht. Die Türkei schlägt den Franzosen auf den Magen, obwohl sie nach Beitrittsverhandlungen, die sich bis zu 15 Jahre hinziehen können, in einem eigenen Referendum über die Integration der Türkei in die EU entscheiden werden.

Die türkische Karte wird auch von François Bayrou gespielt, dem Vorsitzenden der Union pour la Démocratie française. Für die UDF, die sich seit jeher als europhilste politische Kraft Frankreichs definiert, steht die Zustimmung zur EU-Verfassung außer Frage.

Doch da Bayrou nach seinem fehlgeschlagenen Versuch 2002 die Hoffnung nicht aufgegeben hat, selbst in den Élysée-Palast einzuziehen zu können, versäumt er keine Gelegenheit, sich von dem amtierenden Präsidenten abzugrenzen. Mit der Türkei, deren EU-Beitritt Chirac unzweideutig befürwortet, hat der Rechtszentrist ein ideales Thema gefunden, um die zweite Partei der regierenden bürgerlichen Mehrheit auf partiellen Oppositionskurs zu bringen.

Dass sich der Chef der Präsidentenpartei und der Vorsitzende des Koalitionspartners selbst in der für Europa existenziellen Verfassungsdebatte als „faux amis“ des Staatschefs profilieren, kann in dem seit jeher intriganten Pariser Machtpoker, bei dem noch der kleinste politische Einsatz einzig der persönlichen Karriere dient, kaum überraschen. Schwerwiegender ist, dass sich die beiden Europäer Sarkozy und Bayrou – um ein Wort des Sozialisten Dominique Strauss-Kahn aufzugreifen – als „pompiers pyromanes“ betätigen, die den antieuropäischen Brandreden entgegentreten und zugleich am europäischen Haus zündeln. Mit ihrem Steckenpferd Türkei könnten Sarkozy und Bayrou den EU-Vertrag in Grund und Boden reiten. Dabei wäre den beiden bürgerlichen Politikern, denen trotz ihres neogaullistischen beziehungsweise katholischen Hintergrundes viel an einem fortschrittlich-liberalen Image gelegen ist, der Beifall der extremen und traditionellen Rechten sicher. Personifiziert in dem kein politisches Ende finden wollenden Jean-Marie Le Pen und dem Kopf des kaum minder nationalistischen Souveränisten Philippe de Villiers sind sie die „vrais ennemis“ der EU-Verfassung.

Sündenbock Europa

Neben den Positionen der Parteien und Spitzenpolitiker dürfte sich auf den Ausgang des Referendums die allgemeine Stimmungslage auswirken. Um die ist es gegenwärtig nicht

zum Besten bestellt. Es wäre nicht das erste Mal, dass das Wahlvolk ein Referendum als Denkkzettel für die Regierung benutzen würde, um Dampf abzulassen. So ging es in dem Volksentscheid vom 27. April 1969 weniger um die Ablehnung der von *de Gaulle* vorgeschlagenen Regionalreform und der Reform des Senats als um die Abwahl des ersten Staatspräsidenten der V. Republik, dessen man, nicht zuletzt wegen einer spürbaren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, überdrüssig zu werden begann.

Ein gewisser Überdruß ist auch an *de Gaulles* viertem Nachfolger im Élysée-Palast nicht zu verkennen, von der *Raffarin*-Regierung ganz zu schweigen. Die 2002 an sämtliche Machthebel gelangten Rechten haben aus ihrer erdrückenden Dominanz schlicht zu wenig gemacht. Auch wenn *Chiracs* wohlfeiler Voluntarismus schon lange nicht mehr für bare Münze genommen wird, sitzt die Enttäuschung tief. Dass die Staatsschulden auf weit über 1 000 Milliarden Euro angewachsen sind, dürfte noch den wenigsten Franzosen schlaflose Nächte bereiten. Damit das Erwachen nicht zu abrupt ausfällt, werden ebenso unumgängliche wie schmerzhafte Einschnitte in das hochdefizitäre Gesundheitssystem auf die lange Bank geschoben. Ein deutliches Warnsignal geht dagegen von der Arbeitsmarktstatistik aus. Im Januar stieg die Zahl der Erwerbslosen seit fünf Jahren erstmals wieder über die Zehn-Prozent-Marke. Dass trotz eines wirtschaftlichen Wachstums von 2,4 Prozent 2004 die Arbeitslosigkeit nicht zurückging, lässt für die Beschäftigung im laufenden Jahr mit einem voraussichtlichen Wachstumsrückgang auf unter zwei Prozent nichts Gutes erwarten.

Angesichts des Mangels an Arbeit will es vielen Franzosen nicht einleuchten, warum die Regierung die 35-Stunden-Woche aufgelockert hat. „Les 35 heures“, das war eines der wichtigsten sozialen Reformgesetze der Regierung *Jospin* (1997–2002). Mit der gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung sollen kurz-

fristig 300 000 neue Stellen geschaffen worden sein, allerdings zum Nachteil der niederen Einkommen, deren Kaufkraft zurückging. Die Rechten haben in dem emblematischen Gesetz der Linksregierung stets eine Bremse für Konjunktur und Wettbewerbsfähigkeit, damit auch für die Beschäftigung gesehen. Die Regierung mag gute Gründe gehabt haben, das rigide Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren, in der öffentlichen Meinung kommt sie damit vor allem den Arbeitgebern entgegen. Die wiederum haben derzeit am wenigsten Grund zum Klagen. Denn zumindest die an der Börse notierten Großunternehmen erzielten 2004 Rekordgewinne. Die 40 größten Industrieunternehmen konnten ihre Gewinnmarge im Vergleich zum Vorjahr auf 61 Milliarden Euro verdoppeln.

Doch wenn die Börse hohe Dividenden ausschüttet, während die Arbeitslosigkeit auf über zehn Prozent steigt und die Zahl der Empfänger des gesetzlich garantierten Mindestlohn RMI erstmals eine Million übersteigt, beginnt die Volksseele schnell zu kochen. Dass bei alledem Frankreichs Kassenwart glaubte, den Staat für seine Luxusbleibe aufkommen lassen zu können, war das Sahnehäubchen auf jenem Kuchen, aus dem sich – in den Augen der Öffentlichkeit – Politiker und Patrons ohnehin die größten Rosinen klaben. Um seine zehnköpfige Großfamilie angemessen unterzubringen, hatte Finanzminister *Hervé Gaymard* eine 600 Quadratmeter große Dienstwohnung im noblen VIII. Pariser Arrondissement in Beschlag genommen. Für den monatlichen Mietpreis von 14 000 Euro kam die öffentliche Hand auf. Dass ein Finanzminister, der das Gebot des Sparens nicht oft genug betonen kann, sich so freimütig vom Steuerzahler aushalten lässt, war ein gefundenes Fressen für die Presse. „Gaymards Duplex wurde innerhalb einer Woche zum Symbol der sozialen Ungleichheit, zum Totem der Ungerechtigkeit“, befand der Kolumnist *Alain Duhamel*. Obwohl

der bis dahin völlig unbescholtene Gaymard als treuer Gefolgsmann Chiracs gilt, machte Premierminister Raffarin erst gar keine Anstalten, den Finanzminister zu halten. Nach nur zweieinhalb Monaten Amtszeit musste der 44-jährige Senkrechstarter seinen Stuhl in Bercy räumen, was selbst für Frankreich, das in den letzten sechs Jahren ein halbes Dutzend Finanzminister zählte, außergewöhnlich schnell ist. Zum neuen Hüter der Finanzen wurde Thierry Breton bestellt, der sich zuvor als Chef von France-Télécom einen Namen gemacht hatte, indem er das Unternehmen durch Massenentlassungen sanierte.

Auch wenn die Dienstwohnungsaffäre schnell bereinigt wurde, fiel mit ihr ein weiterer Schatten auf die Regierung von Jean-Pierre Raffarin, der der „France d'en bas“ nie genug Elogen machen konnte. Gerade deren Zorn aber bekommt die Regierung jetzt zu spüren. Nachdem es in Frankreich längere Zeit keine größeren Demonstrationen gab, macht sich die soziale Unzufriedenheit wieder in Massenprotesten Luft. Der öffentliche Dienst streikte für den Erhalt der 35-Stunden-Woche und höhere Gehälter. In der französischen Volkswirtschaft, für die der private Konsum noch immer die stärkste Stütze bildet, ist die Erhöhung der Kaufkraft ein probates Mittel. Doch angesichts leerer Haushaltskassen hat die Regierung kaum Spielräume. So wächst der soziale Unmut und findet – unsinnigerweise – in Europa einen Sündenbock. Hinter dem großen grenzenlosen Markt taucht das Gespenst eines ungezügelter Liberalismus auf, das mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und Billiglöhnen droht. Wie irrational die Debatte teilweise geführt wird, beweist die Haltung der französischen Bauern, die, laut einer Umfrage, zu 70 Prozent die Europäische Verfassung ablehnen. Dabei hat keine andere französische Branche so von Europa profitiert wie

die Landwirtschaft. Dank des gemeinsamen Marktes stieg Frankreich weltweit nach den USA zum zweitgrößten Exporteur von Agrarprodukten auf.

Aus Missmut und Ignoranz, Profilierungssucht einzelner Politiker sowie der allgemeinen Unzufriedenheit braut sich eine gewittrige Großwetterlage zusammen, die für den Ausgang des Referendums über den EU-Vertrag nichts Gutes erwarten lässt. Entsprechend nervös reagiert die Regierung. Um gut Wetter zu machen, zeigt sie sich von ihrer generösen Seite. Den aufgebrauchten Gymnasiasten kam Erziehungsminister Fillon entgegen, indem er die Reform des Zentralabiturs zurückzog. Die unzufriedenen Bauern ernten zehn bezahlte Urlaubstage. Die Beamten dürfen auf eine Anhebung ihres Salärs hoffen. Derweil legte sich Chirac beim Brüsseler EU-Gipfel gegen die Öffnung der Dienstleistungsmärkte ins Zeug. Die so genannte Bolkestein-Richtlinie, benannt nach dem früheren niederländischen Binnenmarktkommissar, ist als Symbol für Sozialdumping ein rotes Tuch für die EU-Vertragsgegner, obwohl sie mit der Europäischen Verfassung rein gar nichts zu tun hat.

Ob sich das Wohlergehen der Wähler erkaufen lässt, bleibt indessen ungewiss. Umso besser wären alle Wortführer des Ja zum EU-Vertrag beraten, auf die Kraft der Argumente zu setzen, indem sie ein um das andere Mal klar benennen, worum es in der Europäischen Verfassung geht und worum nicht. Trotz einer vergleichbar miesen Stimmung und massiver europäischer Ressentiments erhielt der 74-jährige Mitterrand, nachdem er sein ganzes politisches Gewicht und rhetorisches Geschick für Maastricht in die Waagschale geworfen hatte, 1992 die plebiszitäre Bestätigung für die Währungsunion. Es ist Europa zu wünschen, dass der 72-jährige Chirac am 29. Mai an den Erfolg seines Vorgängers anknüpfen kann.